

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

4.12.1866 (No. 288)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 4. Dezember.

N. 288.

1866.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Telegramme.

Berlin, 3. Dez. Der Dotationsausschuss hat unter Zustimmung des Ministeriums beschlossen, in der Dotationsvorlage die Namen Bismarck, Noth, Moltke, Herwarth, Steinmetz und Vogel von Falckenstein aufzunehmen.

Bern, 3. Dez. Eröffnung der Bundesversammlung. Im Nationalrathe wird der Alterspräsident Hunkeler einen Rückblick auf die europäischen Ereignisse. Er sieht wenig Hoffnung zum definitiven Abschluss des Kampfes und der Sicherung des europäischen Friedens. Daher überall Klagen. Die Schweiz hat feierliche Neutralitätszusagen; die Vorsicht gebietet auch ihr Vermeidung durch Bildung und Bewaffnung der Wehrkraft. Er verheißt eine betreffende Vorlage. Bezüglich der bevorstehenden Bundesraths-Erneuerung warnt Hunkeler vor alzu idealer Auffassung und Ueberstürzung.

Deutschland.

Karlsruhe, 3. Dez. Es ist in der jüngsten Zeit eine Reihe von Erfindungen mittelst benachbarter Tagesblätter in die Öffentlichkeit gebracht worden zu dem offenbaren Zweck, die Absichten der groß. Regierung zu verdächtigen und im badischen Land Besorgnisse und Unruhen zu erregen. Eine der dreifachen Unwahrheiten solcher Art ist die Mittheilung, daß die große Regierung eine Domänenauscheidung beabsichtige und sogar schon vorbereitende Anordnungen getroffen habe. Im Inland kennt man die Personen und Verhältnisse, insbesondere auch die Tendenzen derjenigen Presse, welche sich zur Verbreitung von dergleichen Nachrichten hergibt, und die Zuverlässigkeit ihrer Korrespondenten im Allgemeinen zu gut, als daß wir denselben eine Beachtung zu schenken hätten. Nachdem indessen jene Mittheilung ihren Weg auch in Blätter, deren Leserkreis den biesigen Zuständen mehr oder weniger fern steht, wie z. B. auch in das „Journal des Débats“, gefunden hat, glauben wir (in der Zuversicht, daß auch unsere Aeußerung dort eine Stelle finden wird) noch besonders versichern zu müssen, daß absolut nichts Wahrscheinliches vorliegt, was zu der Vermuthung berechtigt, daß die große Regierung irgend eine Aenderung der verfassungsmäßigen Verhältnisse der Domänen oder der Verwendung der Erträge derselben für die allgemeinen Staatszwecke, wie dieselbe bisher festgefunden hat, beabsichtige. An ihre Erfindung einer beabsichtigten Domänenauscheidung haben vermuthlich dieselben perfiden Gegner der groß. Regierung Gerüchte über angebliche Beschränkungen der Dotirung der Kunstinstitute z. getnüpft. Diese Gerüchte sind um so weniger begründet, als die der Kunst und der Industrie an hohen Stellen gewidmete Aufmerksamkeit und die für die Pflege derselben bestimmten Geldmittel bisher die besten Früchte getragen und den vorwaltenden Absichten entsprechend, dem Gemeinwohl gedient und auch nicht wenig dazu beigetragen haben, den guten Namen des badischen Staates im Ausland zu erhöhen.

Karlsruhe, 3. Dez. Zu Mitgliedern der durch das Gesetz über die Ausgleichung der Kriegsschäden bestimmten Ausgleichungskommission sind, wie wir hören, ernannt die H. H. Ministerialrath Dusch als Vorsitzender, Ministerialrath Landeskommissar Winter, Verwaltungsrathspräsident Rath Gernig, ferner die Abgg. H. H. Gastwirth Karl Friederich von Durlach und Bürgermeister Ludwig Paravicini von Bretten.

Münchberg, 1. Dez. Der König hat gestern Abend unmittelbar nach seiner Ankunft den ersten Bürgermeister der Stadt in besonderer Audienz empfangen, und demselben seine Anerkennung für das Verhalten der Einwohnerchaft während der preussischen Okkupation, sowie hinsichtlich des blühenden Standes der Münchberger Industrie ausgedrückt. Abends besuchte der König die Festvorstellung im Theater.

Darmstadt, 30. Nov. (A. Bz.) Die heutige „Darmst. Bz.“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Kriegsministeriums, durch welche nach dem Vorbild anderer Staaten die Einrichtung der einjährigen freiwilligen eingeführt wird. Ob hienit der eise Schritt zu einer umfassenden Reorganisation unseres Militärwesens gethan sein soll, oder ob man beabsichtigt, es bei diesem einen schüchternen Schritt bewenden zu lassen, darüber verlaute zur Zeit nichts Näheres.

Darmstadt, 1. Dez. (A. Bz.) Weitere Wahlen von Abgeordneten: in Seligenstadt einstimmig Obergerichtsrath v. Jungensfeld in Mainz (konservativ); in Grünberg mit 26 gegen 18 Stimmen Fortschrittspartei Hoffmann von Dieburg (konservativ-liberal); in Waldmichelbach Bürgermeister Huy von Waldmichelbach (konservativ); in Hungen Steuerkommissar Hunzinger von Hungen (konservativ). Bei 24 Wahlen hat die Fortschrittspartei bis jetzt drei ihrer Kandidaten durchgesetzt, wenn auch zu erwarten ist, daß namentlich in Rheinheffen verschiedene Wahlen zu Gunsten der Fortschrittspartei ausfallen werden.

Mensheim, 30. Nov. (Fr. Z.) Heinrich v. Sager u. ist mit 22 Stimmen von hiesigem Wahlkreis gewählt worden. Der Gegenkandidat, Landrichter Königer, erhielt 13 Stimmen.

Rohrburg, 30. Nov. Der Gesamtlandtag hat in

seiner heutigen Sitzung das Reichswahlgesetz mit allen gegen eine Stimme und einen Zusatzparagraphen, die Diäten betr., bei namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Staatsregierung erklärte, sie könne das Wahlgesetz mit dem Zusatz nicht publiziren, da sie vertragsmäßig gebunden sei. Ueber die Diätenfrage werde am 15. Dezemb. in Berlin verhandelt werden. Das Reichswahlgesetz werde daher hier, dem genehmigten Bundesreformvertrag gemäß, auf dem Verordnungswege publizirt werden.

Schwerin, 30. Nov. Der diesjährige ordentliche Landtag wurde vorgestern in Malchin eröffnet. In der schwedischen Landtags-Proposition werden außerordentlicher Kontribution drei Simplicien gefordert, so daß sich die Forderung an direkter und außerordentlicher Steuer auf 375,000 Thlr. oder 700 Thlr. auf den Kopf beläuft. Außerdem beantragt die Regierung noch die Hälfte der Kosten der Mobilmachung, welche auf 300,000 Thlr. angegeben werden. Die Streitsache Forderung zur Deckung der Mobilmachung beläuft sich auf 25,000 Thlr.

Berlin, 1. Dez. (Fr. Z.) Verhandlung des Abgeordnetenhauses vom 1. Dez.

In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde, nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten, in der Budgetberatung fortgefahren. Nachdem gestern der Etat für die Justizverwaltung, im Ordinarium in Einnahme auf 10,872,900 Thlr. und in Ausgabe auf 12,185,900 Thlr. veranschlagt, erledigt worden ist, handelt es sich heute um die extraordinären Ausgaben der Justizverwaltung für 1867, die für Neubauten von Gerichtsgebäuden und Gefängnissen bestimmt, 450,000 Thlr. betragen und ohne Anstand bewilligt werden. Es folgt nun der Etat für das Ministerium des Innern, veranschlagt im Ordinarium in Einnahme auf 118,326 Thlr. und in Ausgabe auf 5,388,578 Thlr. 26 Sgr. 1 Pf., während außerdem die extraordinären Ausgaben noch 98,200 Thlr. betragen.

Abg. v. Unruh kommt auf die angeführten zwei Ecken im Ministerium zurück. Er möchte wissen, ob die Aneignung unter den Ministern auch mit dem früheren Finanzminister bestanden habe. Der Ministerpräsident habe die Aneignung verlangt als ein Vertrauensvotum für seine auswärtige Politik, und in diesem Sinne habe man die Aneignung bewilligt. Graf Bismarck sei gewiß ein konservativer Mann, aber das Wohl des Staats gehe ihm über seine Neigungen. Die Politik Friedrich's des Großen sei eine revolutionäre gewesen und nicht minder revolutionär sei jetzt auch die Politik des Grafen Bismarck. In diesem Geiste liege die Kraft Preußens, diese Politik müsse man unterstützen; aber eines sei ganz gewiß: konservativ sei diese Politik nicht, und darum bleibe er dabei, daß ein Gegensatz zwischen der äußeren und der innern Politik Preußens allerdings bestehe.

Präsident: Es sei nichts dagegen einzuwenden, wenn man bei der gegenwärtigen Veranlassung die Verwaltung des Ministeriums des Innern kritizire; aber es sei nicht gut statthaft, daß man in so allgemeiner Weise zurückkomme auf eine frühere Rede des Ministers des Innern.

Abg. v. Unruh fährt nun aus, wie ein liberaler Umschwung in unserer innern Politik insbesondere auch wegen der neuen Landesbestellung notwendig sei. Unsere Lage sei nach wie vor gefährlich, und die Freunde, die wir in Hannover, Nassau und Kurhessen haben, seien eben die Liberalen; das möge man wohl bedenken.

Der Minister des Innern: Wenn man auch zugeben wollte, daß die Politik des Ministerpräsidenten nach außen eine revolutionäre sei, so folge daraus doch noch keineswegs, daß deshalb die innere Politik nun keine konservative sein dürfe. Im Gegentheil: es könne ja sehr gut sein, daß gerade die auswärtige Politik die konservative innere Politik bedinge. Man möge über die Indemnität nicht zurückgrafen. Eine Opposition könne die Regierung wohl vertragen, nur möge man keine Opposition um jeden Preis treiben. Schwankende Majoritäten von einigen Stimmen seien ein Uebelstand. Den gegenwärtigen Ministern sei es nicht um Personen, sondern nur um die Sache zu thun; durch die Nachsicht der Indemnität könnten sie beweisen, daß sie mit diesem Hause gern zusammengehen wollen. Mit den liberalen Elementen in den neuen Provinzen stehe die Regierung wirklich in Verbindung; daß die dortigen konservativen Elemente sich so benähmen, wie sie es thun, sei höchst zu beklagen; sie schlugen sich dadurch selbst ins Gesicht, und sie hätten es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie vor der Thür stehen blieben. (Beifall rechts.) Wollte man lediglich nach Prinzipien regieren, so würde man bald in einen toden Formalismus gerathen. Es müsse regiert werden, nicht viel, aber doch Etwas, damit man Etwas von dem Geiste verspüre, welcher die Verwaltung leitet. Möchten die Herren von der Opposition sich nur in die neue Lage finden und endlich anfangen, über die Personen hinwegzusehen und sich nur noch an die Sachen zu halten.

Abg. v. Hennig: Wir haben niemals einen Haß gegen die Minister gehabt, wir haben uns immer an die Sachen gehalten. Woher kommt denn unsere Opposition? Von der Aneignung, die, nach unserer Ueberzeugung, das Land zu sehr belastete. Nach der letzten Thronrede sollte uns Erleichterung werden; wird es aber wirklich der Fall sein? Der Minister des Innern aber ist es, welcher nur persönlich zu Wort geht; er ist es, der die liberalen Stadträte nicht befähigt. Wie man zugleich eine liberale Politik nach außen und eine konservative Politik im Innern verfolgen will, das begreife ich nicht. Es wird uns nicht immer gelingen, Oesterreich zu überfallen (Gelächter); wenn Sie das für falsch halten, so ist mir das sehr gleichgiltig. Die konservative Partei drückt in ihren Blättern gegen uns,

was sie will, während unsere Organe konfiszirt und verfolgt werden. Wie die geheimen Fonds verwendet werden, darüber ist mir eine neue interessante Mittheilung geworden, und der Hr. Minister kann mich ja beruhigen, wenn ich falsch berichtet bin: Den Stifter einer neuen Religion hat man nach Dresden geschickt, um dort politisches Kapital zu machen; aber derselbe hat dort nur Erbitterung hervorgerufen. Ein Stadtrath in Schönebeck, der Wittmeister a. D. Hermann, ist nicht befähigt worden; derselbe hat nicht an der Spitze eines Wahlkomitee's, auch nicht an der Spitze einer Partei gestanden. Diese Beispiele für vieles Andere. Ich kann dem Minister des Innern keine Positionen bewilligen, von denen ich überzeugt bin, daß sie nicht im Interesse des Staats verwendet werden. (Bravo links; Fischen rechts.)

Abg. v. Flottwell: Es ist nicht wahr, daß Oesterreich von uns überfallen worden; die treffliche Führung der Arme, die Tapferkeit des Heeres, der Geist unseres Volkes haben bei Königgrätz gestagt, und so wird es Oesterreich gegenüber bei uns immer sein, mit oder ohne neue Kreis- und Gemeindeordnung. Ist der Ton, den wir gestern gehört, etwa nicht persönlicher Haß? (Gelächter links.) Rachen Sie immerhin; die Zeit, wo Sie Ihre Gegner todgeschlagen und todgeschrien haben, ist vorüber. Das Land ist des Konflikts überdrüssig, und wenn Sie so fortfahren, wird es über Sie zur Tagesordnung übergehen.

Abg. Jung betont die Nothwendigkeit eines liberalen Regiments im Innern; seine Ausführungen rufen auf der rechten Seite große Heiterkeit hervor. Sie, meine Herren, wissen auf unsere Ausführungen überhaupt nur mit Drohungen, wie wir es gestern gehört, mit Gelächter und Witz zweideutiger Art zu antworten. (Bravo links.)

Abg. v. Karborski tritt für die Regierung ein, die, nach der Entwicklung, die Preußen genommen, nicht anders handeln könne.

Abg. v. Carlowitz: Durch die Ertheilung der Indemnität haben wir uns nicht unterworfen; wir haben ein Anrecht uns erworben, daß man uns billig entgegenkomme.

Abg. v. Binder: Wenn wird durch die heutige und die gestrige Debatte genügt? den neuen Landesbestellen oder sonst unserer fernern Entwicklung? Gewiß nicht. Und was ist die Folge Ihrer Angriffe gegen die Minister? Sie beistimmen die Stellung derselben nur und wüßten also gegen Ihr eigenes Fleisch. Man beruft sich auf in Aussicht gestellte Verbesserungen, bezw. Erleichterungen im Militärstat. Ich habe das Alles nur als eine ferne Perspektive betrachtet, denn die europäischen Verhältnisse sind sehr zweifelhafter Natur und unser Grenzland hat den größten Gegner Preußens an der Spitze der Geschäfte berufen, um seinem Haß gegen Preußen vor ganz Europa den schärfsten Ausdruck zu geben. Man beklagt sich über die Nichtbefähigung von Stadträten. Wenn der Minister des Innern Männer nicht befähigen will, die, als das Vaterland in Gefahr war, sagten: „diesem Ministerium bewillige ich keinen Groschen“, so thut er ganz recht; denn solche Leute sind noch nicht einmal zum Nachtwächter fähig! (Stürmisches Bravo rechts.) Was den Wittmeister a. D. Hermann in Schönebeck betrifft, so kenne ich denselben als einen patriotischen Mann; ich kenne aber den betreffenden Fall nicht und werde hören, was daran ist. Ihre Politik, meine Herren (nach links), hat Schiffbruch gelitten; das sollten Sie endlich einsehen. Wir haben keinen Grund, die Großthaten unserer Regierung und unseres Heeres zu verkleinern. Wir hätten Oesterreich überfallen? Hätte Oesterreich nur abräumen wollen, so wäre es nicht zum Krieg gekommen. Mit solchen Redensarten sollte man uns doch vom Hals bleiben. Und was geben die Oesterreicher denn selbst als den Grund ihrer Niederlage an? Den Mangel an allen verfassungsmäßigen Zuständen! Daß wir im Innern eines liberalen Umschwungs bedürfen, gebe ich zu; aber Sie haben, meine Herren, keinen Grund, dieses Ministerium so mit Schmutz zu bewerfen, wie Sie es thun; es verdient nicht so abgemalt zu werden, wie Sie es abmalen wollen! (Beifall Bravo rechts.)

Abg. v. Hoser: Nein, unsere Hände haben keinen Grund, sich über die heutige und gestrige Debatte zu freuen, denn diese Debatte ist ein Beweis dafür, daß noch ein gesunder Kern im preussischen Volk lebt. (Bravo links.) Es ist leicht, Verdächtigungen um sich zu schleudern, wie der Redner es gethan; aber man zeige uns, daß wir, als der Krieg ausgebrochen, nicht mit derselben Glut und mit denselben Opfern der Armee gefolgt sind, wie jeder Andere im Staat! Aber eben deshalb sage ich auch, daß wir die Großthaten der Arme von den Uebelthaten des Ministeriums trennen. Die Minister vertreten ein Prinzip, und darum bekämpfen wir mit dem Prinzip auch die Personen. (Bravo links.)

Abg. v. Blauenburg bestreitet, daß die Politik des Grafen Bismarck eine revolutionäre sei, und wiederholt, daß nur ein konservatives Ministerium liberal regieren könne. Das Haus möge von dem Wege, den es betreten zu wollen scheint, ablenken.

Abg. Dr. Birchow: Die Argumente des Redners hätten keine andere Basis, als das Vertrauen zu der Person des Grafen Bismarck. Diesen Standpunkt könnte die Opposition aber nicht theilen. Der Minister des Innern möge oft gute Anwendungen haben; aber er verfallt dann immer wieder dem Bann der konservativen Partei. Redner fährt dann das Weitere aus, wie die Anerkennung der vollen Selbstverwaltung der Gemeinden notwendig und insbesondere auch eine Bedingung sei für das Vertrauen der neuen Landesbestelle.

Der Minister des Innern lehnt es ab, daß er dem Bann der konservativen Partei unterliege; die Opposition habe ihn gezwungen, weiter zu gehen, als er Anfangs wollte; es galle, den großen Eventualitäten gegenüber, die man vorbereitete, alle Kräfte des Staats zusammenzufassen. Selbstverwaltung sei eine schöne Sache, das gebe er zu, aber der Zusammenhang mit dem Staate dürfe dabei doch nie aus den Augen verloren werden; eine gewisse Einwirkung des Staates müsse immer bleiben. An sich halte er das Bestätigungsgesetz nicht für ein richtiges Prinzip; so lange das betreffende Gesetz aber da, müsse er dasselbe auch zur Anwendung bringen. Nach seiner Meinung

wäre es besser, wenn etwa die Bürgermeister und die Beigeordneten, nach vorheriger Präsentation, wie es etwa bei den Landräthen ge-
schehe, von der Regierung ernannt würden, und daß die Regierung sich
dann um die übrigen Kommunalbeamten weiter gar nicht kümmerge.

Der Schluß der Diskussion wird beantragt und angenommen. Es
folgen persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Koster, v. Binde,
v. Hennig, v. Hoyerbed und v. Blankenburg, worauf sich das Haus
auf den Antrag des Abg. Dr. Schwe-Galbe auf eine Viertelstunde ver-
tagt, damit inzwischen für eine gehörige Ventilation des Sitzungssaales
geforgt werden könne. Nach Wiederöffnung der Sitzung schreitet das
Haus zur Spezialberatung des Etats. Die Einnahmen werden
ohne Diskussion genehmigt. Die Abgg. Schmidt und Dr. Michaelis be-
mängeln die Einrichtungen des statistischen Bureau's und es wird
darauf ein Antrag des Abg. Michaelis: „Die Staatsregierung aufzu-
fordern, in der nächsten Session dem Hause der Abgeordneten über
Organisation und Leistung der amtlichen Statistik in einer Denkschrift
Mittheilung zu machen“, angenommen. Ein Antrag des Abg. Hoff-
mann auf Gleichstellung des Gehaltes der Kreissekretäre (600—800
Thlr.) mit demjenigen der Bureaubeamten der Bezirksregierungen
(600—1000 Thlr.) wird ebenfalls angenommen. Die weitere Be-
rathung des Etats wird dann bis zum Dienstag vertagt.

Berlin, 2. Dez. (Köln. Ztg.) In der Ministerkon-
ferenz vom 15. Dezbr. wird, wie man allgemein glaubt, der
Entwurf der künftigen Bundesakte auf dem Wege des Ver-
trages mit den verschiedenen Regierungen vereinbart werden.
Die Vorlage erfolgt alsdann an das Parlament. Als selbst-
verständlich wird angesehen, daß der künftige definitive Reichs-
tag, abgesehen von anderen Angelegenheiten, auch für die
Bundesbudgets des Krieges, der Marine, des Handels und
Konfularwesens, die unbeschadet bestimmter direkter Einnah-
men künftig zu konzentriren sein werden, eine beschließende
Stimme haben wird.

Se. Maj. der König ertheilte heute Vormittag den De-
putationen aus Göttingen, Stade, Hameln, Dannenberg
und dem hannoverschen Unterharze Audienz, und empfing
sodann den Herzog von Altenburg. Mittags hatte Se. Maj.
Konferenz mit dem Grafen Bismarck, der gestern Abend
hierher zurückgekehrt ist.

Berlin, 2. Dez. Se. Maj. der König empfing
gestern Morgen den Finanzminister v. d. Heydt und den
kommandirenden General des 1. Armeekorps, General der
Infanterie Vogel von Falckenstein. Mittags empfing
Se. Maj. den Besuch Sr. Königl. Hoh. des Prinzen von
Wales und Sr. Hoh. des Prinzen Hermann von Sachsen-
Weimar. Nachmittags war der König mit den fürstlichen
Gästen und den hier anwesenden Mitgliedern des Königs-
hauses bei den Kronprinzlichen Herrschaften zum Diner.

Wie verlautet, sind bereits von fast allen Regierungen des
norddeutschen Bundes zugängende Antworten auf die
diesseitige Einladung vom 21. Nov. hier eingegangen. Auch
haben die meisten Regierungen schon ihre Bevollmächtigten
zu den hiesigen Konferenzverhandlungen ernannt. Aus dem
größten Theil der betreffenden Staaten werden die Minister
der auswärtigen Angelegenheiten als Teilnehmer an der
Konferenz zum 15. Dez. nach Berlin kommen. Dem Ver-
nehmen nach wird ein hier ausgearbeiteter Verfassungsent-
wurf für den norddeutschen Bund dieser Tage den betheilig-
ten Kabinetten zur Kenntnissnahme übermittelt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 30. Nov. Die „Generalkorrespondenz“ enthält
in ihrer französischen Ausgabe einen Artikel gegenüber ge-
wissen Korrespondenzen, in welchen die galizischen Behör-
den der Milizschuld an den von der polnischen Emigration ge-
gen Rußland gerichteten Umtrieben angelastet werden und
sagt:

Möglich ist, wiewohl man in unseren offiziellen Kreisen davon keine
Kenntniß hat, daß sich hier und da in Galizien Tendenzen kundgeben,
welche die Oesterreichische Regierung eben so wie jede andere befragt.
Aber nicht hierin ist die Hauptursache des Übels zu suchen. Jede
Regierung kann und muß es sorgfältig vermeiden, selbst eine Agitation
auf fremdem Gebiete zu ermutigen. In dieser Beziehung hat Oester-
reich ein vollständig reines Gewissen. Könnte man dasselbe von den
anderen Regierungen sagen! Man würde bald die Agitation, deren
offentlicher Zweck es ist, an das Beweisen einer galizischen Frage
glauben zu machen, verschwinden lassen. Eine solche Frage existirt
nicht, und die Regierung wird geeignete Maßregeln zu ergreifen
wissen, um zu verhindern, daß diese Frage jemals wieder aufsteige.

Peßth, 1. Dez. In der heutigen Sitzung des Unterhau-
ses motivirte Tiszza seinen Adresseantrag, während Baron
Eötvös für den Adresseantrag Deak's sich aussprach. Bal-
thasar Horvath sprach in sehr beifällig aufgenommenener
Rede für den Ausgleich im Interesse der ungarischen Nation,
und drückte gleichzeitig die Hoffnung aus, daß ein Ausgleich
durch die Ertrenntniß gefördert und geehrt werde, daß die
Monarchie und Dynastie in einem mit ihr sympathisirenden
Ungarn die festeste Stütze haben werde. Der Redner wurde
beim Schluß seiner Rede von Deakisten beglückwünscht.
Nächstens Montag findet die Fortsetzung der Adresseballen statt.

Italien.

Florenz, 28. Nov. (Köln. Ztg.) Begezzi wird, sobald
die Vorfragen erledigt sind, nach Rom abgehen. Seine Unter-
handlungen sind zunächst auf die Ernennung und den Eid der
Bischöfe, wie auf die Verminderung der Diözesen in Italien
gerichtet. Obgleich Hr. Begezzi anscheinend nur die kirch-
lichen Fragen ins Auge zu fassen hat, so ist doch die Anwesen-
heit eines italienischen Unterhändlers in Rom in einer so wich-
tigen Zeit ein Ereigniß. Das Parlament wird sich mit Rom
nicht befassen und die Frage mit Stillschweigen übergehen.
Der römische Nationalauschuß verbürgt sich seinerseits für
das ruhige Verhalten der Bevölkerung, die auf seinen Rath
auf jede Kundgebung verzichtet werde. — General Fleury
zeigt sich sehr wenig. Der König ist auf die Jagd nach
Siena. — Die Ausreißer der Legion von Antibes mehren
sich und sie sind in einer besondern Kaserne in Siena unter-
gebracht.

Florenz, 1. Dez. Der Admiral Persano wird im Palast
des Senates gefangen gehalten, nachdem er heute ein Verhör

vor der Kommission des Senates bestanden hat. Ein Rund-
schreiben des Finanzministers ordnet die Zinsenzahlung
für den Monat Januar. Die „Italia“ sagt, daß die von
Rom gekommenen Nachrichten Grund zur Befürchtung geben,
daß die liberale Partei Unruhen hervorbringen würde, um den
Papst zu extremen Schritten zu veranlassen.

Rom, 28. Nov. Es bestätigt sich, daß der Papst am
4. Dez. sich nach Civita-Vecchia begeben wird, um die Befes-
tigungen dieses Plazes zu besichtigen und einzusegnen.
Pius IX. wird auch die kürzlich angekommenen fremden Schiffe
besuchen, und an demselben Abend nach Rom zurückkehren.
Das päpstliche Schreiben, welches alle Bischöfe der
katholischen Christenheit zu den Festen des nächsten 29. Juni
nach Rom beruft, um das Jubiläum des Märtyrerkönigs Pe-
tri zu feiern, wird am 8. Dez. veröffentlicht werden. Nach
Abzug der Franzosen werden 6000 Mann Truppen in Rom
zusammengedogen.

Frankreich.

Paris, 1. Dez. Man weiß noch immer nichts Offi-
zielles über das Verbleiben des Kaisers Maximilian.
Die „Seine“ (an deren Bord, nebenbei gesagt, das gelbe Fieber
ausgebrochen war) bringt nur die Nachricht mit, daß zu
Vera-Cruz das Gerücht lief, der Kaiser beabsichtige sich gegen
den 15. Nov. nach Europa einzuschiffen. Dagegen hat die
Regierung von dem Kommandanten des Stationsgeschwaders
zu Vera-Cruz die offizielle Mittheilung erhalten, daß der
Kaiser kein Gepäck, keine Kostbarkeiten, Aftenstücke und Pa-
piere an Bord der österreichischen Fregatte „Dandolo“ brin-
gen ließ. Man glaubt übrigens, daß Kaiser Maximilian sich
zu Gibraltar einschiffen werde. — Die dritte Serie der Ein-
geladenen: spanische Notabilitäten, die Metternich, Walewski
u. s. w., sind heute in Compiegne eingetroffen. Aus der
Einladung Walewski's schließt man, daß man definitiv darauf
verzichtet, ihm, als Präsidenten des Gesetgeb. Körpers, einen
Nachfolger zu geben. — Wie man von Compiegne erfährt,
äußert man sich daselbst sehr zufrieden in Betreff der letzten
Depeschen des Generals Fleury, dessen Mission vollständigen
Erfolg habe, und daß dadurch die Verhältnisse, welche
man wegen Roms hegen mußte, beschwichtigt seien u. s. w. —
Der portugiesische Gesandte am päpstlichen Hofe, der 76jäh-
rige Marschall Saldanha, hat sich gestern zu Marseille
nach Rom eingeschiffet. — In der heute zu Compiegne statt-
habenden Ministerberatung soll unter Anderem die Zeit der
Einberufung der Kammer festgesetzt werden. Die Geset-
vorlagen sind so wenig vorgezückt, daß man kaum an eine
Einberufung vor Mitte Januar glaubt. — Mozaga, der
Chef der spanischen Progressisten, kommt nach Frankreich;
Prim befindet sich z. B. in Brüssel. — Der neue Bischof
von Arras hat nun auch einen Hirtenbrief wegen des
Papstes erlassen. — Der italienische Gesandte, Hr. Nigra,
dessen Mutter gestorben ist, hat einen kurzen Urlaub ange-
treten.

Niederlande.

Aus dem Haag, 28. Nov. (Köln. Ztg.) Die Zweite
Kammer hat am 24. Nov. die H. Hoffmanns und Ver-
heyen gegen die in Bezug auf ihre Wahl erhobenen Beschwer-
den als Abgeordnete zugelassen, dagegen für die in Maßricht
gewählten H. De Vesterstein und Waesen de Sombress eine
neumalige Prüfung der Stimmzettel angeordnet, welche ihr
dann auch sammt anderem auf die betreffenden Wahlen bezüg-
liches Material inzwischen eingehändigt worden sind. Dar-
auf ist sie zur Auslösung der geschiedl. in den Jahren 1868
und 1870 auszuscheidenden Hälfte ihrer Mitglieder überge-
gangen und hat (am 26.) das Budget des Kriegsministeriums
mit den von Seiten der Regierung vorgeschlagenen Modifi-
kationen angenommen. Diese bestehen hauptsächlich darin, daß
die Cadres der Infanterie vermehrt werden, wogegen das bis-
her als Bundescontingent für Limburg fungirende fünfte Re-
giment der Kavallerie (Dragoner) eingehen soll. Die Feld-
artillerie wird um drei Kompagnien, der Etat der Mineurs
und Sappeurs um eine Kompagnie vermehrt, wobei zugleich
die Organisation dieser letztgenannten Heeresabtheilungen
wesentliche Reformen erfahren soll. — Von den zahlreichen
Festungen, deren Zwecklosigkeit für die heutige Kriegsführung
— ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, sie geeignet zu be-
festigen — schon längst erkannt worden war, sollen Maßricht,
Venlo, Miffingen, Bergen op Zoom und das Fort Bath zu-
nächst geschleift werden. Auch denkt man an die Verstärkung
Amsterdams gegen mögliche Angriffe von der Land- und
Seeseite.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 26. Nov. Der Geburtstag der Groß-
fürstin Cesarewina wurde heute festlich begangen. Ein
kaiserliches Edikt bestimmt, daß außer diesem Tage auch der
Namenstag Ihrer Kaiserl. Hoheit, der 3. Aug. (22. Juli a.
St.), alljährlich gefeiert werden soll. — Die Flottille auf dem
Aralsee ist dem Etat des Kriegsministeriums überwiesen
worden, da sie nur zu militärischen Zwecken gehalten wird
und in Kriegszeiten unter dem Befehl des Militärgouverneurs
des Gebiets Turkestan steht.

Oessa, 30. Nov. Nachrichten aus Konstantinopel
vom 27. d. melden, daß Koroneos den östlichen Theil von
Kandia besetzt hält. Die Freiwilligen von Selimnos und
die Spahakoten beharren in ihrer festen Stellung. Die Ver-
stärkung der türkischen Truppen dauert noch fort.

Griechenland.

Athen, 22. Nov. Die Militärschule, deren Zöglinge
heimlich nach Kreta gehen wollten, ist auf sechs Monate ge-
schlossen worden. Der Brief, den die hiesigen Blätter ange-
blich von Garibaldi publiziren, ist ganz sicher gefälscht.

Ägypten.

Kairo, 27. Nov. Der Vizetönig hat heute die Versam-
lung der Volksvertreter mit einer Rede eröffnet, worin
er an Das erinnerte, was sein Großvater und sein Vater für
Ägypten gethan haben, indem sie dort einen mit der übrigen

europäischen Gesellschaft harmonirenden Zustand zu schaffen
strebten; er selbst wolle dieses Werk fortsetzen und habe des-
halb diese repräsentative Rathversammlung geschaffen, welche
für die inneren Angelegenheiten sorgen und alle Interessen
sicherstellen solle.

Großbritannien.

London, 1. Dez. Die Einweihung des Albert-Denk-
mals in Wolverhampton, zu der die Königin sich mit
ihrem Gefolge, darunter Prinz und Prinzessin Christian,
Prinzessin Luitse und Lord Derby, mittelst Ertrazuges dahin
begeben hatte, ging gestern in würdigster Weise von Statten.
Die Einwohner der Stadt begrüßten die Königin bei ihrem
Erscheinen mit enthusiastischen Zurufen. Auf dem Festplatz
angekommen, eröffnete der Bischof von Richfeld die Feier mit
einem Gebet; dann wurde eine Adresse des Mayors und Ge-
meinderathes verlesen und darauf die Statue durch Hrn.
Thorneycroft enthüllt und von der Königin besichtigt, die
dem Künstler ihre höchste Zufriedenheit mit seinem Werke
aussprach. Um 4 Uhr fuhr die Königin von Wolverhampton
ab und traf gegen 7 Uhr wieder in Windsor ein.

Lord Stanley, der Minister des Auswärtigen, hat die
Denkschrift der Bradforder Handelskammer in Betreff der
Handelsverbindungen zwischen England und Oesterreich
beantwortet. Sobald Lord Stanley von dem Abschluß des
Friedens zwischen den kriegführenden Staaten Kenntniß er-
hielt, instruirte er den diesseitigen Geschäftsträger, die Auf-
merksamkeit der österreichischen Regierung auf das in der
Denkschrift der Handelskammer berührte Protokoll zu lenken
und zugleich zu erklären, die Regierung sei bereit, die unglück-
licher Weise durch den Krieg unterbrochenen Verhandlungen
wieder aufzunehmen. In Erwiderung dieser Mittheilung
an die österreichische Regierung hat Lord Stanley von Seiten
derselben die Verifizierung des aufrichtigsten Wunsches erhal-
ten, die Angelegenheit zu baldigem Abschluß in dem Sinn der
angefangenen Verhandlungen zu bringen. Auch hat die öster-
reichische Regierung die Verbindlichkeit der Protokollverbin-
dung vollständig anerkannt. Der Zustand der Dinge in
Wien hat indessen, in Folge des Krieges, bis jetzt (6. Nov.)
die Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes zur Wiederauf-
nahme der Verhandlungen noch nicht zugelassen; doch wird
die Handelskammer aus dem Angeführten erhellen, daß Lord
Stanley vollständig von der Wichtigkeit des von ihr bespro-
chenen Gegenstandes durchdrungen ist.

Nach den neuesten telegraphischen Nachrichten waren in
Dublin mehrere neue Verfassungen vorgenommen worden.
Auch in Bruff hat die Polizei vier Personen festgenommen.
Das 26. Regiment ist in Kingtown eingetroffen. In Stadt
und Grafschaft Limerick ist der Ausnahmezustand proklamirt
worden. An Bord des Liverpooler Dampfers wurden bei
seiner Ankunft in Danbolo 14,000 Fündhütchen gefunden
und mit Beschlag belegt. Von London aus ist in Dublin
während der Nacht eine Depesche eingetroffen, wovon die
Regierung in Erfahrung gebracht hat, daß Stephens ent-
weder schon in London ist oder ständig erwartet wird.
Wahrscheinlich mit dieser Mittheilung zusammenhängend, hat
die Polizei in den Straßen Londons einen Anschlag angefaßt,
nach welchem die Regierung, für eine zur Ergreifung James
Stephens, der sich das Zentraloberhaupt der irländischen
Fener nennt, führende Nachricht eine Belohnung von 1000
Pfd. St. und eine weitere Belohnung, ebenfalls von 1000
Pfd. St., für Denjenigen anbietet, der den genannten Fener-
chef wirklich zur Haft bringt. Das beigeordnete Signalement
beschreibt ihn als 42 Jahre alt, stark untersezt und breit-
schulterig gebaut. Sein Haar ist von sandfarbigem Blond
und leicht mit Grau gemischt und seine Augen sind empfindlich,
so daß er beim Sprechen die Gewohnheit hat, das linke Auge
zu schließen. Sein oben schon kahler Kopf zeigt eine breite
Stirne, vorstehende Backenknochen und die untere Hälfte ist
mit einem Vollbarte bedeckt. Das Kriegsschiff „Virago“ hat
Befehl erhalten, sich schleunigst mit Kriegsmunition, Pulver
und Bomben zu versehen und heute Nacht nach Irland ab-
zugehen.

Amerika.

Neu-York, 20. Nov. Die letzten Berichte aus Vera-
Cruz vom 13. d. M. (von sehr zweifelhafter Echtheit) lassen
den Kaiser Maximilian noch in Orizaba verweilen; die
Minister würden ihre Portefeuilles behalten; General Mejia
sollte in kurzem von San Luis Potosi abmarschiren, um
Tampico anzugreifen. Er wird sich jedoch hüten, diese Ab-
sicht auszuführen, wenn es sich bestätigen sollte, daß Sherman
und Campbell in Tampico landen wollen. Finden diese Bei-
den dort keinen Vertreter der republikanischen Regierung, so
wollen sie sich angeblich nach Vera-Cruz begeben. General
Sheridan soll sich einweilen dem Verlauf der Dinge in
Merito gegenüber nur beobachtend verhalten. Mit dem Prä-
sidenten Johnson haben viele einflußreiche Politiker in letz-
ter Zeit Besprechungen gepflogen, und es scheint, daß er von
seinen starren Ansichten allmählig zurückkommt; mehr als
alle Rathschläge wird ihn das Bewußtsein der erlittenen Nie-
derlage und seiner Dynmacht gegen die republikanische Mehr-
heit zu anderen Gedanken bringen. Ein Amnestiungsgesuch
Siddells, des früheren diplomatischen Agenten der Südstaa-
ten in Paris, ist verworfen worden; die amerikanische Regie-
rung soll erklärt haben, daß mit ihm kein Verkehr stattfinden
könne. — In Sachen der von den kanadischen Gerichten
verurtheilten Fenier wird die Unionsregierung keine Schritte
thun, ehe ihr die Entscheidung der britischen Regierung be-
kannt wird. Eine Washingtoner Depesche erwähnt, daß Eng-
land noch keine Antwort auf die Forderung Seward's in Be-
treff der Regelung der Alabama-Ansprüche erteilt habe. —
Neu-Yorker Blätter führen unzufriedene Stimmen aus der
Presse von Victoria an und schmeicheln sich sogar mit dem
Gedanken, diese britische Kolonie in Australien fühle das Be-
dürfniß, sich an die Vereinigten Staaten anzuschließen. —
Die früheren Polizeikommissäre in Baltimore haben den
neuen die Geschäfte übergeben und die letzteren haben ihre
Amtsführung angetreten.

3.p.754. Karlsruhe. Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß unser lieber, guter Bruder, Onkel und Schwager, der pens. Oberrechnungsrath Franz Xaver Stroh...

Das Leichenbegängniß findet Dienstag den 4. d. M., Nachmittags 3 Uhr, statt. Trauerhaus: Karlsstraße Nr. 2.

3.p.757. Freiburg. Tiefbetrübt gebe ich Freunden und Bekannten die traurige Nachricht von dem heute früh 3 Uhr erfolgten Hinscheiden meiner unvergeßlichen Mutter, Sophie Bleibtren...

3.p.673. Karlsruhe. Diensterledigung. Bei der groß. polytechnischen Schule ist die erste Dienstelle mit einem Gehalt von 550 fl. nebst freier Wohnung in Erledigung gekommen.

Die Fallsucht heilbar! Eine Anweisung, die Fallsucht (Epilepsie) durch ein nicht medizinisches Universal-Heilmittel binnen kurzer Zeit radikal zu heilen.

Eine Haushälterin, die bei einem einzelnen Herrn der Führung eines bürgerlichen Haushaltes, insbesondere im Kochen, Nähen und Waschen vorzuziehen vermag, wird auf Verlangen gesucht.

Commisstelle-Gesuch. Ein angeberber Commis, im Eisen- und Kurzwaarenfach bewandert und gut empfohlen, sucht auf Neujahr eine Stelle unter bescheidenen Ansprüchen.

Anzeige. Ein junger Kaufmann, faulstisch, der in Basel wohnt, wünscht einige gangbare Artikel, vorzugsweise Weizen, Mehl, gestohlene Butter, Zündhölzer, französische und Englische Weine...

Ein Hamburger Kaufmann mit ausgetretenen Connectionen und gründlichen Plakkenntnissen wünscht für leistungsfähige Fabrik-Etablissements die Agentur oder Geschäftsführung für Hamburg zu übernehmen.

Carl Arleth, Großherzoglicher Hoflieferant, empfiehlt die angekommene Parthie frische große spanische Orangen 2 1/2 fl. pr. 100 Stück...

Fruits confits assortis in Schachteln und einzeln, als: Abricots, Reineclauds, Kirschchen, Angélique, frische Prunes de Bordeaux, Prünellen, Pistoles, Pruneaux fleuris, Malaga-Trauben, Feigen, neue Tafelmänneln und Badmandeln, Sultaninen, kleine und große Rosinen, Zitronat, Oranonen, schöne große Marronen, Pistazien, Pignoles etc.

Wohn- u. Leinwand. sind fortwährend in großen und kleinen Parthien zu haben bei S. F. Schäfer.

Pferdeverkauf. Ein Falbe, Wallach, 6 Jahre alt, Ungar, gut geritten, eins und zweispännig eingefahren, und eine Fuchshute, 7 Jahre alt, ebenfalls gut eingefahren, sind zu verkaufen.

Carl Arleth, Großherzoglicher Hoflieferant, empfiehlt frische Pörrigord- und Landbirnfleis, getrocknete und echte geschälte Pörrigord-Trüffel in 1/8, 1/4, 1/2 und 1/3 Pfund, getrocknete Morcheln etc.

Die Renten- u. Lebensversicherungs-Anstalt zu Darmstadt

1) die Versicherung steigender Renten gegen beliebige Kapitaleinlagen. Die Zahl der Rentenverschertenen beträgt dormalen 7493 mit 12,686 Einlagen und ca. 1,133,756 fl. Vermögen. 2) Lebensversicherungen in Beträgen von 100 bis 10,000 fl. auf ein einzelnes Leben gegen feste, zu keiner Nachzahlung verpflichtende Versicherungsbeiträge.

Neueste Mailänder Stadt-Anleihe, genehmigt durch königl. Dekret vom 11. März 1866 von 7,500,000 Franken, eingeteilt in 750,000 Obligationen von Frs. 10 jede, rückzahlbar mit 14,300,000 Franken.

Bergebung von Eisenbahnbau-Arbeiten im Großherzogthum Baden.

Die Arbeiten des IV., V., VI. und VII. Looses des Eisenbahnbaues Abtheilung II von Rappenaub über Wimpfen nach Jaxfeld werden höherer Anordnung zufolge hiernit im Wege der Soumission in Afford gegeben.

Table with 4 columns: IV. 1530 Ruthen lang., V. 320 Ruthen lang., VI. 390 Ruthen lang., VII. 390 Ruthen lang. Rows include Eisenarbeiten und Stützmauern, Uebergangswerte ercl. Eisenwerk, Unterbau der Bahn, Oberbau der Bahn, Stations-einrichtungen.

Kapital-Gesuch. 5000 fl. bis 6000 fl. werden sofort gegen erste Hypothek anzunehmen gesucht.

Carl Arleth, Großherzoglicher Hoflieferant, empfiehlt den oben eingetroffenen feinen delizien Stracchino di Milano...

Gutsversteigerung. Das in Nr. 228 dieses Blattes näher beschriebene Gut Fürsteneck bei Oberkirch wird zum öffentlichen Verkauf am Donnerstag den 20. Dezember d. J., Nachmittags 2 Uhr, im Gasthause zur Linde in Oberkirch öffentlich versteigert.

Bekanntmachung. Die Bildhauerarbeit am Rathhause dahier betr. Bezugnehmend auf unser Ausschreiben vom 3. d. M. bringen wir hiernit zur öffentlichen Kenntniß, daß die dort gegebenen Frist (15. Dezember d. J.) bis zum 15. Februar d. J. erstreckt worden ist.

Lieferung von Brückenmaterialien betreffend. Zur Unterhaltung des badiischen Anteils an der hiesigen Rheinbrücke sollen folgende Gegenstände im Soumissionswege angeschafft werden: 2 Stück tannene Brückenschwellen, 28' lang, 9 1/2" stark.

bei dieser Stelle eingereicht werden. Der Preis der Eilerwaaren ist nach Pfunden anzusetzen. Die Lieferungsbedingungen sind bei dem hiesigen Brückenmeister zu erfahren...

3.p.344. Nr. 11,346. Baden. (Vorladung.) In Sachen Ludwig Ludwig Erfurt in Baden gegen Klaviermacher Karl Schierich von da. Aufhebung eines Kaufs betr.

3.p.724. Karlsruhe. (Verweisungsbefehl.) Nach Ansicht der Anklagebehörde des groß. Staatsanwalts vom 17. September d. J. und des darin gestellten Strafanktrags, der öffentlichen Verurteilung des groß. Unterlandesgerichts vom 12. October d. J. und des auf Ausbleiben beider Angeklagten unter dem 24. October d. J. ergangenen Ausschlußerkenntnisses werden...

3.p.710. Nr. 3750. Rebl. Lieferung von Brückenmaterialien betreffend. Zur Unterhaltung des badiischen Anteils an der hiesigen Rheinbrücke sollen folgende Gegenstände im Soumissionswege angeschafft werden.

3.p.388. Nr. 23,276. Waldobühl. (Diebstahl und Falschmünze.) Am 20. October d. J. wurden aus einem Hause in Schwenzen 136 fl. 30 kr., bestehend in preussischen Thalern und drei österreichischen Guldenstücken, entwendet.